

Pressemitteilung / 17. Dezember 2015

anlässlich des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Sexarbeiter_innen“

Strukturelle Gewalt gegen Sexarbeiter_innen hat System!

Utl: Keine Toleranz für Übergriffe, Respektlosigkeiten und Gewalt

Moralisierende Bewertungen und damit einhergehend Diskriminierung, Tabuisierung und Stigmatisierung von Sexarbeiter_innen spielen im politischen sowie gesellschaftlichen Umgang mit Sexarbeit nach wie vor eine bedeutende Rolle. Aktuell zeigt sich dies einerseits an dem vom Sozialministerium ursprünglich geplanten Ausschluss von Sexarbeiter_innen aus der Vollversicherung anhand des Sozialrechtsänderungsgesetzes 2015, andererseits aber auch am Umgang mit jenen Sexarbeiter_innen, die in Salzburg und Innsbruck am illegalisierten Straßenstrich arbeiten und deshalb verfolgt werden - und das nicht nur von der Polizei.

Die Novellierung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, die grundsätzlich den Ausschluss von Sexarbeiter_innen aus der Vollversicherung vorgesehen hätte, konnte - so sieht es aktuell aus - aufgrund rascher Kritik, nicht nur seitens der Beratungsstellen für Sexarbeiter_innen, abgewehrt werden. Relevante Kritikpunkte waren einerseits der Widerspruch zur steuerrechtlichen Einstufung der Tätigkeit (die durchaus unselbstständige Beschäftigungsverhältnisse zulässt) und der Verstoß gegen die Gleichbehandlungs- und Antirassismus-Richtlinie. Die geplante Novellierung, betreffend Sexarbeiter_innen, hätte eine verbotene Diskriminierung dargestellt, da sie vor allem Frauen und Migrantinnen betroffen hätte. Diese widersprüchliche Politik verdeutlicht einmal mehr, dass Sexarbeiter_innen zwar viele Pflichten erfüllen müssen, ihnen jedoch keine Rechte und soziale Absicherung zugestanden werden.

In Salzburg und Innsbruck werden vor allem migrantische Sexarbeiter_innen verfolgt. So werden Migrant_innen, darunter auch EU-Bürger_innen, nach mehreren Verwaltungsübertretungen ausgewiesen. In Salzburg wird zudem seitens der Bevölkerung Hetze gegen Kund_innen und Sexarbeiter_innen

betrieben. Mit Unterstützung der ÖVP wurde eine Initiative gestartet, anhand der der Straßenstrich bekämpft werden soll, indem Fotos von Kund_innen und Fahrzeugkennzeichen festgehalten werden.

Diskussionen über Gewalt in der Sexbranche beschränken sich in hegemonialen Diskursen oftmals auf jene Vorstellungen von physischer und/oder psychischer Gewalt, die durch Einzelpersonen ausgeübt wird. Die Fokussierung auf diese spezifischen Gewaltformen und die damit einhergehende Täter_innen-Opfer-Dichotomie, die Teil einer klischeebehafteten Wahrnehmung der Branche ist, führt in der Regel dazu, dass gewaltvolle strukturelle und somit auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen ausgeblendet werden. Strukturelle Gewalt ist jedoch eine wesentliche Form von Gewalt, da sie viele andere Gewaltformen an Sexarbeiter_innen oft erst möglich macht.

Sexarbeiter_innen werden einerseits als schutzbedürftige Opfer dargestellt, andererseits aber auch als Gefahr für die öffentliche Moral. Dies führt zu Entmündigung und Stigmatisierung! Beides wird durch diskriminierende Regelungen verstärkt.

Wir verurteilen jede Form von Gewalt gegen Sexarbeiter_innen und fordern daher mehr Rechte. Sexarbeiter_innen müssen als Expert_innen wahrgenommen und als solche in Entscheidungen miteinbezogen werden. Sonst führen alle Versuche politische Regelungen zu treffen zu Diskriminierung und Stigmatisierung. Lösungen, die als Verbesserung der Situation von Sexarbeiter_innen deklariert werden und gleichzeitig Sexarbeiter_innen entmündigen, sind keine adäquaten Lösungen und führen zur Verschlechterung der sozialen und gesellschaftlichen Situation von Sexarbeiter_innen.

Diese Pressemitteilung wird getragen von:

maiz - Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen (Linz), LEFÖ - Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen (Wien), PiA / Projekt für Sexarbeiterinnen (Salzburg), SXA-Info (Graz), iBUS - Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiterinnen



Hintergrundinformation:

“International Day to End Violence Against Sex Workers”:

Der 17. Dezember wurde ursprünglich als Gedenktag für die Opfer des „Green River“-Mörders begangen, der in den 1980er und 1990er Jahren in den USA über 90 Frauen ermordete. Die meisten der Opfer waren Sexarbeiterinnen und es dauerte 20 Jahre, bis der Mörder verurteilt wurde. Seit 2003 wird der 17. Dezember mit Demonstrationen, Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen weltweit als Aktionstag begangen, um auf die Gewaltverbrechen aufmerksam zu machen, die gegenüber SexarbeiterInnen begangen werden und durch die Stigmatisierung und Kriminalisierung von SexarbeiterInnen verstärkt werden.

Weitere Infos unter: <http://www.swopusa.org/dec17/>